



Umfrage: Für die Bewältigung der Krise braucht die EU mehr Geld

Die meisten Befragten (56%) wollen, dass die EU mehr Geld in die Linderung der Coronafolgen steckt. Gesundheitsversorgung, Wirtschaftserholung und Klimaschutz stehen dabei ganz oben.

Nach einer Umfrage im Auftrag des Europäischen Parlaments, die in der zweiten Junihälfte 2020 durchgeführt wurde, wollen mehr als zwei Drittel der Befragten (68%), dass die EU bei der Bewältigung der Krise eine stärkere Rolle spielt. Mehr als die Hälfte der Umfrageteilnehmer (56%) meint, dass die EU dafür mehr Geld braucht. Damit sollten vor allem die Pandemiefolgen im Gesundheitswesen und in der Wirtschaft abgedeckt werden.

Ebenfalls mehr als die Hälfte (53%) ist nach wie vor unzufrieden mit dem Ausmaß der **Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten** während der Coronakrise. Im Vergleich zur letzten Umfrage vom April ist das Bild jedoch besser geworden (Anstieg um 5 Prozentpunkte).

Parlamentspräsident Sassoli kommentiert die Umfrageergebnisse so:

„Die Ergebnisse dieser Umfrage zeigen deutlich, dass die Unionsbürger eine solidarischere EU erwarten, die mehr für die wirtschaftliche Erholung tut. Sie erkennen auch, dass der EU-Haushalt größer sein muss, damit sich die beispiellosen Folgen der Pandemie für unsere Wirtschaft und Gesellschaft meistern lassen. Bei den laufenden Haushaltsverhandlungen unterstützt das Parlament die Forderung der Bürger nach einer EU, die mehr Wirkung erzielt und sich höhere Ziele setzt.“

Breites Bewusstsein für Coronareaktion der EU – Zufriedenheit steigt

Gut drei Viertel der Befragten (76%) haben von den verschiedenen Vorschlägen der EU zur Bekämpfung der Coronafolgen gehört. Mehr als ein Drittel (36% und damit drei Prozent mehr als bei der ersten Umfrage dieser Art im April) wissen auch, was vorgeschlagen wurde. Knapp die Hälfte derjenigen, die von der Coronareaktion der EU gehört haben, ist damit zufrieden (49%). Dieser Wert liegt um durchschnittlich 7 Prozentpunkte höher als im April (42%). Er ist ein Beleg dafür, dass die Öffentlichkeit immer stärker hinter den vorgeschlagenen Maßnahmen steht, von denen viele noch nicht umgesetzt sind.

Mehrheit noch immer unzufrieden mit Solidarität unter EU-Mitgliedstaaten

EU-weit ist etwas mehr als die Hälfte der Befragten (53%) mit dem Ausmaß der Solidarität unzufrieden, die die Mitgliedstaaten untereinander in der Krise gezeigt haben. Dagegen geben im Durchschnitt 39% an, zufrieden zu sein. Dies ist ein durchschnittlicher Anstieg um 5 Prozentpunkte gegenüber April. Am stärksten ist er in Portugal und Spanien (mit jeweils +9 Prozentpunkten), Deutschland, Griechenland, Rumänien und der Slowakei (ein Anstieg um 7 Prozentpunkte).

EU soll gemeinsame Instrumente zur Bewältigung von Krisen wie der Coronakrise verbessern

Gut zwei Drittel der Befragten (68%) stimmen zu, dass die EU zur Bewältigung von Krisen wie der Coronavirus-Pandemie mehr Zuständigkeiten haben sollte. In insgesamt 26 Mitgliedstaaten findet sich dafür eine absolute Mehrheit. Mehr Zuständigkeiten für die EU fordern insbesondere Befragte aus Portugal und Luxemburg (je 87%), Zypern (85%), Malta (84%), Estland (81%), Irland (79%), Italien und Griechenland (je 78%), Rumänien (77%) und Spanien (76%).

Absolute Mehrheit der Befragten für größeren EU-Haushalt zur Bekämpfung der Coronakrise

56% der Umfrageteilnehmer meinen, dass die EU mehr Geld zur Verfügung haben sollte, damit sich die Folgen der Coronavirus-Pandemie meistern lassen. In 15 EU-Mitgliedstaaten stimmt die absolute Mehrheit der Befragten dieser Behauptung zu, vor allem in Griechenland (79%), Zypern (74%), Spanien und Portugal (jeweils 71%).

Bei den Politikfeldern, in denen dieses zusätzliche Haushaltsgeld ausgegeben werden sollte, steht die Gesundheitsversorgung ganz oben auf der Prioritätenliste der Unionsbürger: 55% halten Gesundheitsausgaben für am wichtigsten. In 17 EU-Mitgliedstaaten stehen sie an erster Stelle. Auf den nächsten Rängen folgen die Themen Wirtschaftserholung und neue Chancen für Unternehmen (45%), Beschäftigung und Soziales (37%) sowie Klimaschutz (36%). In Italien (58%), Slowenien (55%) und Litauen (54%) steht die Finanzierung der Wirtschaftserholung an erster Stelle. Für Bürger in Österreich (48%) und Dänemark (45%) ist die Fortsetzung der Bekämpfung des Klimawandels auf EU-Ebene am wichtigsten, während in der Slowakei (63%), Kroatien (58%) und Finnland (46%) Beschäftigung und Soziales an oberster Stelle steht.

Geldsorgen der Einzelnen nach wie vor erheblich

Dass das Aufbaupaket schnellstmöglich kommen sollte, belegt die besorgniserregende persönliche Finanzlage der Unionsbürger seit Pandemiebeginn: 57% der Befragten geben an, Geldsorgen zu haben. Dieser Wert ist gegenüber April nahezu unverändert. Das mit 28% meistgenannte und in 21 Mitgliedstaaten als größte Sorge bezeichnete Problem sind Einkommenseinbußen. Die Höchstwerte liegen bei 43% in Ungarn und Spanien; in Bulgarien und Griechenland sind es je 41% und in Italien 37%.

Weniger Unsicherheit und Angst, mehr Hoffnung und Zuversicht

Eine deutliche Tendenz lässt sich auch bei dem Gefühl erkennen, das die Befragten in der Krise haben: In 15 EU-Mitgliedstaaten und bei insgesamt 41% der Umfrageteilnehmer beschreibt „Hoffnung“ die aktuelle Gefühlslage am besten. Sie liegt damit nun an zweiter Stelle nach der „Unsicherheit“, die 45% der Befragten nennen. Das sind 5 Prozentpunkte weniger als noch im April. Allgemein wird die Stimmungslage besser: Angst (17%, -5), Frustration (23%, -4) und Hilflosigkeit (21%, -8) nehmen ab, das Gefühl der Zuversicht nimmt dagegen im EU-Durchschnitt um 3 Prozentpunkte auf 24% und das der Hilfsbereitschaft um 2 Punkte auf 16% zu.

Hinweis für Redakteure

Die Umfrage wurde vom 11. bis zum 29. Juni 2020 vom Meinungsforschungsinstitut *Kantar* unter 24 798 Befragten in allen 27 EU-Mitgliedstaaten online (in Malta und Zypern telefonisch) durchgeführt. Befragt wurden Personen von 16 bis 64 Jahren (in Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Polen, Portugal, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn von 16 bis 54 Jahren). Für Repräsentativität auf nationaler Ebene bürgen Quoten nach Geschlecht, Alter und Region. Die EU-Gesamtergebnisse werden nach der Bevölkerungsgröße der einzelnen untersuchten Länder gewichtet.

Die Veröffentlichung des vollständigen Berichts über diese Umfrage einschließlich aller Daten ist für Anfang September 2020 geplant.

Weitere Informationen

[Eine vom Europäischen Parlament in Auftrag gegebene Meinungsumfrage - Erste Ergebnisse - 14. Juli 2020](#)

[Webseite zur Umfrage - mit Links zu Informationsblättern über Deutschland und Österreich, und Infografiken](#)

Kontakt

Philipp SCHULMEISTER

Head of Public Opinion Monitoring Unit

☎ (+32) 2 28 41 381 (BXL)

✉ philipp.schulmeister@europarl.europa.eu

Neil CORLETT

Head of the Press Unit

☎ (+32) 2 28 42077 (BXL)

📱 (+32) 470 89 16 63

✉ neil.corlett@europarl.europa.eu
